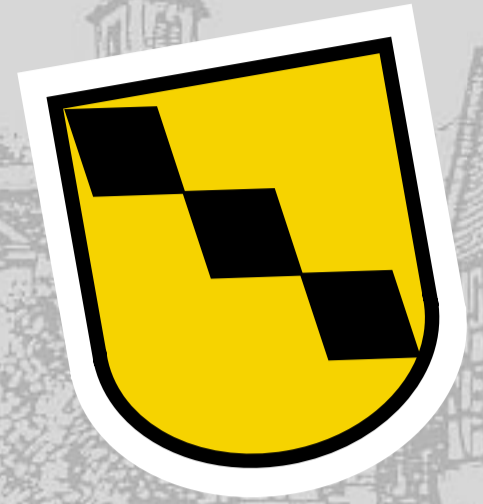


neunkirchen

Amtsblatt für die Gemeinde Neunkirchen

aktuell



Mittwoch, 8. April 2015 · 9. Jahrgang · Nr. 14

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsplan 2015

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Schwunk, sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung, sehr verehrte Ratsmitglieder, sehr verehrte Vertreter der Presse, sehr verehrte Gäste,

mitunter ist es unschön, als Letzter in einer Reihe von Rednern zu sprechen. Vielleicht kann ich die Aufmerksamkeit mit dem Hinweis binden, dass Sie heute zum ersten Mal nach vielen Jahren die Möglichkeit haben, eine „grüne“ Stellungnahme zum Haushaltsentwurf für unsere Kommune zu hören. Sie werden sehr schnell merken, auch wir können rechnen und sparen.

Vorweg möchte ich im Namen der Fraktion und des Ortsverbandes der Grünen in Neunkirchen feststellen, dass wir im Februar der ersten Haushaltsatzung 2015 mit Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zugestimmt haben, über die wir in den einzelnen Ausschüssen vier Monate lang beraten hatten. Mit dem damaligen Entwurf hatte man den Haushaltsausgleich in 2020 im Blick und war für das kommende Haushaltsjahr handlungsfähig. Diesen Entwurf haben CDU/UWG/FDP trotz starkem Entgegenkommen der Verwaltung, abgelehnt. Die nun eingebrachten Änderungen und Sparmaßnahmen, die unseres Erachtens massiv zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger, und an die Substanz der Gemeinde gehen, werden wir nicht mittragen.

Auch mit den Änderungen ist die Haushaltslage für 2015 nicht rosig. Wie die Herren Vorredner bereits erläuterten, liegt das errechnete Defizit für das Haushaltsjahr 2015 bei 2,8 Mio. €. Den Erträgen in Höhe von 22.537.000 € stehen Aufwendungen von 25.360.000 € gegenüber. Wir müssen zum Ausgleich des Ergebnisplanes wieder auf die allgemeinen Rücklagen zugreifen. Die Kreisumlage schlägt im Haushaltsjahr mit mehr als 8 Mio. € zu Buche, die Abundanzumlage diesmal mit „nur“ etwa 35.000 €. Über Ungerechtigkeiten dieser Umlagen ist bereits viel gesagt und diskutiert worden. Ändern können wir sie nicht.

Die wichtigste Einnahmequelle der Industriegemeinde im Grünen – mit Grünen! –, die Gewerbesteuer, erscheint als ein wankelmütiges Luder: In den besten Jahren kamen bis zu 20 Mio. € in die Gemeindekasse, in den schlechtesten nur 4,5 Mio. €. Für 2015 wird die Steuerschätzung für die Gewerbesteuer auf 7,8 Mio. € festgesetzt. Was tatsächlich unterm Strich reinkommt, wissen wir noch nicht.

Uns ist es wichtig, der Verwaltung und den Fraktionen für ihr bisheriges Bemühen, ein unternehmerfreundliches

Klima in Neunkirchen zu etablieren, Dank zu sagen. Unternehmen, die Arbeitsplätze bieten und Gewerbesteuern zahlen, kommen letztendlich allen Bürgern der Gemeinde zugute. Immer wieder wird beklagt, dass die Ressourcen hinsichtlich der Gewerbegebiete sehr begrenzt sind, es wäre geradezu fahrlässig, die wenigen Möglichkeiten, die wir in Neunkirchen haben, preiszugeben. Gleichzeitig möchten wir bei diesem Thema aber an unsere Verantwortung für die Lebensqualität der Einwohner, und die Flächen- und Raumnutzung erinnern! Wir haben auch die Verantwortung dafür, dass unsere Kommune wohn- und lebenswert bleibt, und die Menschen ihre Häuser und Wohnungen nicht zwischen farbenprächtigen Kisten und Kästen suchen müssen und dass die ansässigen Firmen sich an rechtliche Vorgaben des Umweltschutzes oder des Baurechts halten.

Tatsächlich muss auch nach unserer Ansicht das Motto der Haushaltskonsolidierung SPAREN lauten. Ich höre schon den Widerspruch: Pauschale Kürzungen wurden und werden doch gerade von den Grünen abgelehnt! Ich bin fest davon überzeugt, sie taugen auch nicht für das Ziel, 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Man denkt, wenn man vielen/allen Wählern etwas wehtut, hält sich der Protest in Grenzen. Das mag taktisch auch so sein. Ich denke aber, man muss an die dickeren Brocken der Sparpotentiale heran, auch auf die Gefahr hin, einigen Interessengruppen etwas mehr weh zu tun.

Ich möchte exemplarisch einige Einsparpotentiale nennen, die jedoch mit Weitsicht und Verantwortung den Bürgern gegenüber betrieben werden müssen:

1. Das leider vorschnell und unüberlegt betriebene „heiße Eisen“ Reduzierung der Schulstandorte

a) Eine Zusammenlegung der Grundschulen können wir uns vorstellen, wenn dies aus pädagogischer Sicht und von den Schülerzahlen her angeraten erscheint. Zum Schuljahr 16/17 halten wir eine solche Sparmaßnahme für unverantwortlich den Kindern, Familien und Kollegien in unserer Gemeinde gegenüber. Wir sollten hier nicht etwas über das Knie zerbrechen, was einer guten Vorbereitung bedarf und wo man die Menschen in unserer Gemeinde mitnehmen muss. Bei einer möglichen Zusammenlegung muss auch gründlich geprüft werden, wie zum Beispiel die OGs weiterlaufen soll und in welcher Weise und mit welchen Kosten das neue Gebäude umgebaut werden muss. Wir halten es auch für einen Schlag ins Gesicht des Ehrenamtes, wenn man mit

der Schließung des GS Salchendorf fordert, alle Nebengebäude abzustößeln. Hier würde der Krambergswimmhalle nun letztendlich doch das Ende bereitet, was außer den Schulen noch alle Vereine treffen würde.

Kurzfristig könnte man unserer Meinung nach die GS Struthütten schließen, weil hier die Schülerzahlen rückläufig sind. Aber auch über das freiwerdende Gebäude oder die Fläche, sollte in Ruhe beraten werden. Langfristig erachten wir eine 4-zügige Grundschule auf dem Rassberg für alle Neunkirchner Grundschüler sinnvoll. 4 Züge in einer Grundschule sind hierbei auch keine Unzumutbarkeit, in Neunkirchen gab es auch schon früher die Klassen a – d. Natürlich heißt es bei uns Grünen: Kurze Beine, kurze Wege. Das ist auch richtig so. Aber die Entfernungen in Neunkirchen sind zumutbar. Tatsächlich fahren die Wiedersteiner Kinder schon immer mit dem Bus in die Grundschule Neunkirchen.

b) Ein weiteres Einsparpotential sehen auch wir in der nichtexistenten Zukunft der Realschule und der Hauptschule: Es zeichnet sich ab, dass immer mehr Kinder zum Gymnasium oder einer integrierten Schulform mit längerem gemeinsamen Lernen im Ganztagswechseln möchten. Hier müssen wir nun endlich eine sichere Schullandschaft im Sekundarbereich I, zum Beispiel in Kooperation mit Burbach, in die Wege leiten.

Mit freiwerdenden Gebäuden ergibt sich Spar- und Einnahmepotential, bedenkt man zum Beispiel die Unterhaltskosten der Bewirtschaftung oder die Erträge, die sich aus Grundstücksveräußerungen ergeben könnten.

Ein möglicher weiterer dicker „Sparbrocken“, die

2. Friedhöfe:

Wir erleben eine sich verändernde Bestattungskultur mit dem Trend zur Feuerbestattung und Wiesengräbern. Es wird weniger Fläche benötigt, auch bedingt durch den demographischen Wandel. Auf einem der Friedhöfe könnte ein Friedwald angegliedert werden, den die Grünen schon vor Jahren angeregt hatten. Wir haben auf Dauer zu viele Friedhöfe. Mit der gut und sensibel durchdachten Reduzierung von Friedhöfen lässt sich Geld sparen. Das angedachte „Friedhofskonzept“ ist ein richtiger Schritt in diese Richtung.

Sparpotential auch bei den

3. Bäder(n): ich bin davon überzeugt: würde beim Familienbad mit ähnlichem Engagement und Sparwillen gearbeitet wie beim Schulbad am Kramberg, ließe sich bestimmt noch etliches sparen. Wenn nicht, muss über eine Schließung des Hallenbades – bei

gleichzeitigen Erhalt des Freibades! – beraten werden. Wir müssen genau betrachten, mit welchem der beiden Bäder wir tatsächlich finanziell baden gehen!

Man kann noch über viele andere Einsparpotentiale nachdenken. Das würde hier den Rahmen sprengen. Bereits die erwähnten Möglichkeiten würden erhebliche Sparpotentiale generieren – erheblich mehr als das Sparen nach dem „Rasenmäherprinzip“, am Bürger und am Ehrenamt wie von CDU/FDP/UWG betrieben.

Generell ist beim Sparen die Frage zu stellen: Was ist notwendig, was ist nicht notwendig? Nach unserer Ansicht sind Dinge, die allen knapp 14.000 Bürgern unserer Gemeinde dienen, durchaus als notwendig zu betrachten: ein voll ausgelastetes Schulbad, eine stark frequentierte Bibliothek oder auch die Seniorenservicestelle und der Umweltberater. Auch Ausgaben, die das Gott sei Dank in unserer Gemeinde stark ausgeprägte Ehrenamt unterstützen, müssen sein!

Nicht notwendig erscheinen uns Dinge und Ausgaben, die nur einem ausgewählten Personenkreis zugutekommen, wie einer elitären Sportklasse, bei deren Einführung man sich wohl nicht genug um langfristige, finanzielle Auswirkungen geschert hat. Auch Ausgaben, die unsinnig sind, müssen vermieden werden.

In den nun 10 Monaten, die ich als Ratsmitglied und wir als Fraktion im Neunkirchner Gemeinderat dabei sind, wurde eine Reihe von Geldern verbraucht, über die sich jeder logisch denkende Bürger nur wundern kann:

So beschloss der Rat im Dezember nach Antrag der CDU einen finanziellen Anreiz in Höhe von 9.000 € zur Nutzung von Tablets innerhalb der papierlosen Ratsarbeit. Dieser finanzielle Bonus für die Ratsmitglieder kommt angesichts der Einsparungen, die nun an Bürgern, Vereinen und Gebäuden vorgenommen werden sollen, einer Unverschämtheit gleich.

Noch einmal deutlich hervorgehoben:

Auch wir begrüßen die papierlose Ratsarbeit, schon aus umweltschutztechnischen Gründen und dem finanziellen Einsparpotential. Wir sind allerdings der Meinung, dass man die papierlose Ratsarbeit auch günstiger hätte einführen können, wenn man sie zum Beispiel auf freiwilliger Basis weiterlaufen lässt. Zur Anschaffung der Geräte können die Fraktionen auch auf die Fraktionszuwendungen und Aufwandsentschädigungen zurückgreifen. Auf unseren Antrag hin wird die Zahlung

der Bezuschussung nun ausgesetzt. Ich danke an dieser Stelle noch einmal den Ausschussmitgliedern für die Einsicht.

Neben dem Motto des Sparens sehen auch wir uns verpflichtet, die Reduzierung von Ausgaben und Kosten voranzutreiben. Leider können wir heute nicht mehr fragen, wie viele Friedhöfe, Feuerwehreinsatzfahrzeuge, Schwimmbäder oder Grundschulen wollen wir, wir müssen fragen: wie viele brauchen und können wir uns tatsächlich leisten?

Die Fraktion der Grünen wird das Bestreben um die Reduzierung von Ausgaben und das Umsetzen der Konsolidierungsmaßnahmen unterstützen und vorantreiben. Dies alles aber immer unter der Prämisse des tatsächlichen Nutzens für unsere Bürger.

Wir hoffen hierfür auf gute, wertschätzende Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung, wenngleich das Verhalten einiger kommunaler Mitsreiter mitunter kürzlich für Kopfschütteln sorgte.

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Appell schließen: die heutige Demonstration von Eltern, Schülern und Lehrern vor dem Rathaus und die vollbesetzte Zuschauertribüne heute und letzte Woche im Haupt- und Finanzausschuss zeigen ganz deutlich: man kann auch mit einer „zusammengekratzten“ Mehrheit nicht Politik ohne, oder gar gegen die Menschen in unserer Gemeinde betreiben. Ich bitte eindringlich darum, wieder mehr Kommunikation und Diskussion zu betreiben, und Anträge und Beschlüsse herbeizuführen, die unsere Kommune voranbringen und die Verantwortung, die wir den Menschen gegenüber haben, wiedergeben, und nicht Anträge und Beschlüsse zu formulieren, weil man es eben aus der Mehrheit heraus kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Neunkirchner Rat,
Manuela Königer
Fraktionsvorsitzende

**Das Ordnungsamt informiert:
Bei Überführung nicht abschleppen**

Das Abschleppen mit Seil oder Stange ist prinzipiell nur im Pannenfall erlaubt, um einen Wagen aus dem Gefahrenbereich etwa zum nächsten Parkplatz zu bringen, klärt der Auto Club Europa (ACE) auf. Es sei keine Alternative, um zum Beispiel einen abgemeldeten Gebrauchtwagen nach dem Kauf zu überführen. Der ACE empfiehlt hier Kurzzeitkennzeichen, Transport auf einem Anhänger oder durch örtliche Abschleppunternehmen.